

Demo und Kundgebung am 07.09.2018 in Marburg

## **#wirsindmehr – Marburg gegen Rechtsextremismus**

### ***Rede von Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies***

– es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Mit den Ereignissen der letzten zwei Wochen, in Chemnitz, aber dann auch in den Debatten in Presse und sozialen Medien, haben die sich langsam ausweitenden rechtsextremistischen Tendenzen eine neue Qualität erreicht. Systematisch und wiederholt wurde von einer aufgebrauchten Menge das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt. Angeführt von PEGIDA, Pro-Chemnitz, NPD und AfD wurde Hass gesät, wurde aus Ärger Gewalt und wurden Mitmenschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Überzeugungen zu Gejagten.

Wir sind heute hier – und ich freue mich, dass wir so viele sind – um gemeinsam zu zeigen: WIR SIND MEHR. In Marburg ist kein Platz für Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus!

Ich freue mich, dass sich hier und heute die ganze Breite der Marburger Zivilgesellschaft zusammengefunden hat, über alle Grenzen des Glaubens, der politischen Überzeugung, der Herkunft oder des sozialen Standes hinweg. Vom Bettenhaus bis zu den Bürgern für Marburg, von Linkspartei bis CDU sind alle dabei.

Da sind die Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Tag für Tag, Jahr für Jahr gegen Rechtsextremismus aktiv sind, sich in den Weg stellen und im Alltag gegen rechtes Gedankengut vorgehen und denen unser besonderer Respekt gebührt.

Unser Dank gilt genauso unserem Ausländerbeirat, der als elementarer Bestandteil unserer Marburger Demokratie immer wieder für Zusammenhalt wirbt und an Missständen arbeitet.

Und ich bin dankbar, dass heute so viele weit darüber hinaus hier zusammengekommen sind, um ein klares Zeichen gegen Gewalt und gegen Rechtsextremismus zu setzen.

Die Ereignisse in Chemnitz sind der vorläufige Tiefpunkt einer Entwicklung, die nicht nur Sachsen betrifft, sondern das ganze Land. Auch in der Universitätsstadt Marburg haben bei der Bundestagswahl Rechtspopulisten und Rechtsextreme in einigen Wahllokalen 20% der Stimmen erlangt. Ich wage nicht zu prognostizieren, was am 28. Oktober wieder in manchen Wahllokalen passieren könnte.

Nötig sind klare Signale. Wir dürfen nicht zulassen, wir dürfen nicht mehr hinnehmen, wenn öffentlich Reichskriegsflaggen getragen werden, wenn Symbole verbotener nationalsozialistischer Organisationen gezeigt werden, wenn die Bundeskanzlerin am Galgen gezeigt wird, wenn öffentlich der Hitlergruß gezeigt wird. Das ist aus gutem Grund verboten. Wenn der Staat hier nicht eindeutig Farbe bekennt, wenn das Recht hier keine Geltung beansprucht, dann ist der Weg zu Szenen wie in Chemnitz nicht weit.

Es darf keinen Zweifel geben: Wer Menschen nach Kategorien abwertet, seien sie rassistisch, homophob oder antisemitisch, wer rechtsextremes Gedankengut verbreitet, der stellt sich außerhalb unserer demokratischen Gesellschaft.

Natürlich, das ist uns doch allen klar, sind nicht alle Menschen, die auf eine Pegida-Demonstration gehen gleich auch Rechtsextremisten.

Der gesellschaftliche Wandel, die ungeheure Dynamik unseres modernen Lebens macht vielen Menschen Angst, Angst vor sozialem Abstieg, Angst vor Veränderung, Angst, sich nicht mehr orientieren zu können.

Und nicht wenige Menschen fühlen sich in ihrer Not nicht gesehen, sondern in ihren Sorgen und Nöten ignoriert. Sie haben die Gewissheit verloren, dass diese Gesellschaft für sie einsteht.

Daran müssen wir dringend arbeiten, diese Gewissheit muss jeder und jede haben in diesem Land, dass wir für einander eintreten.

Aber niemand darf, bei aller persönlichen Angst oder Wut, ignorieren, wenn bei einer Demo der Hitlergruß gezeigt und Menschen gejagt werden. Es darf und muss von allen anständigen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zumindest erwartet werden, dass sie einen Ort, eine Demonstration verlassen, auf der rassistische Parolen skandiert und auf der Gewalt ausgeübt wird.

Die Opfer stammen aus unserer Mitte. Die Menschen, die Opfer rechtsextremer Gewalt wie in Chemnitz werden, sind keine blonden skandinavischen Ausländer. Es sind Menschen, deren Mütter mit unseren Müttern im Kreissaal lagen. Sie sind mit uns zur Schule gegangen, sie haben mit uns Fußball gespielt, sie begegnen uns jeden Tag und sie werden eines Tages neben uns begraben werden – sie haben nur eben eine andere Haar- oder Hautfarbe. Es geht um Rassismus, nicht um Angst vor Fremden.

Erschreckend ist die Diskussion der letzten Tage um das Wort „Hetzjagd“. Wenn Menschen auf der Straße von Wildfremden wegen ihres Aussehens oder ihrer Überzeugung angegriffen werden, dann geht es nicht um Wortklauberei. Dann geht es nicht um Semantik. Sondern es geht darum, ein klares Zeichen zu setzen: egal wie man es nennt: rassistisch motivierte Gewalt, Angriffe auf Andersdenkende, wollen und werden wir nicht hinnehmen. Es kommt nicht darauf an, wie man es nennt, sondern was man dagegen tut.

Demokratie ist in Gefahr, wenn wir sie für selbstverständlich halten. Ich bin deshalb froh, dass wir in Marburg hier alle zusammenstehen und ein Zeichen setzen. Über alle kleinen Grenzen des Alltäglichen hinweg, über alle Fraktionsgrenzen, Interessen- und Glaubensunterschiede hinweg unterstützen innerhalb kürzester Zeit 120 Vereine, Schulen, Unternehmen, Gewerkschaften, Initiativen den gemeinsamen Aufruf des Magistrats und aller Fraktionen, um zu zeigen: Rechtsextremismus hat in Marburg keinen Platz.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass es nicht nur bei einer einmaligen Kundgebung bleibt, sondern dass wir alle im Alltag gegen Rechtsextremismus aufstehen, die Stimme erheben und unsere Demokratie verteidigen.

Denn wir sind mehr!